



Wir in Hessen

ARGUMENTE · HINTERGRÜNDE · MEINUNGEN

Jetzt kämpfen wir für den Wahlsieg in Hessen

Von Gerhard Bökel, SPD Ministerpräsidentenkandidat

Wir Hessen haben unseren Beitrag dazu geleistet, dass Gerhard Schröder Kanzler

Mehrheit. Die Landtagsopposition liegt deutlich über 50 Prozent der Stimmen. Das ist eine sehr

Roland Koch ist der Wahlverlierer in Hessen. Er konnte keines der drei von der CDU vollmundig verkündeten Wahlziele erreichen. Die CDU wurde nicht stärkste Partei, sie schaffte es nicht, das Wahlergebnis von 1998 umzukehren, sie holte nicht die angekündigten 16 Wahlkreise. Im Gegenteil: Die SPD hat in Hessen 17 von 21 Wahlkreisen geholt. Ein hervorragendes Ergebnis.

Die CDU will in Hessen einen Bilanz-Wahlkampf führen. Bitte sehr! Wir fangen sofort damit an. Drei Jahre Skandal auf Skandal. Drei Jahre Sozialabbau. Der Hessen-Haushalt wurde ruiniert. Umweltschutz und Nachhaltigkeit wurden aufs politische Abstellgleis geschoben. Die Jugendarbeitslosigkeit ist in nur einem Jahr um 17 Prozent gestiegen.

Das Schlimmste ist, dass die Regierung Hessen von der Tabellenspitze auf die Abstiegsplätze geführt hat. Beim Wirtschaftswachstum, beim Steueraufkommen und bei der Kredit-

würdigkeit steht Hessens guter Ruf auf dem Spiel, weil die Landesregierung handwerklich unfähig und politisch perspektivlos handelt.

Wir von der Hessen-SPD haben uns gut vorbereitet. Die Identität von Partei, Programm und Person des Spitzenkandidaten ist geschaffen. Wir haben die Zukunft fest im

Blick: **Ganztagschule, Vorschule, Jugendarbeitslosigkeit Null, Mittelstandsförderung, Innere Sicherheit** – diese Begriffe stehen für die besseren Konzepte für Hessen. Und die haben wir Sozialdemokraten. Deshalb gehen wir selbstbewusst und siegesicher in den bevorstehenden Landtagswahlkampf ■



bleibt. Die SPD ist in Hessen die stärkste Partei geworden. Damit hat die SPD ihr Wahlziel erreicht, trotz leichter Einbußen, die geringer als im Bundesdurchschnitt ausgefallen sind.

Die schwarzgelbe Koalition in Hessen hat keine

gute Ausgangsbasis für die Landtagswahl am 2. Februar. Dieses Ergebnis zeigt, dass die SPD in Hessen über ein sehr großes Mobilisierungspotenzial verfügt. Dieses Potenzial wollen wir bei der Landtagswahl erneut ausschöpfen.

SPD stärkste Partei in Hessen

Die SPD ist erneut als stärkste Partei aus der Bundestagswahl in Hessen hervorgegangen. Die Sozialdemokraten erhielten im Land 39,7 Prozent der Zweitstimmen (1998: 41,6 Prozent). Die CDU erreichte 37,1 Prozent (34,7 Prozent). Für die Grünen stimmten 10,7 Prozent (8,2 Prozent), für die FDP 8,2 Prozent (7,9 Prozent) der Wahlberechtigten. Die Wahlbeteiligung lag bei 80,2 Prozent (1998: 84,2 Prozent).

Die SPD blieb nicht nur stärkste Kraft bei den Zweitstimmen, sie gewann erneut auch die große Mehrheit der Wahlkreise im Land. Von den 21 Wahlkreisen gingen insgesamt 17 an die Sozialdemokraten.

Bei den Volksabstimmungen wurden die Verlängerung der Legislaturperiode auf Landesebene von vier auf fünf Jahre sowie die Aufnahme des Sports als Staatsziel und des so genannten Konnexitätsprinzips in die Verfassung angenommen ■

Schule in Hessen – Koch steht für Qualitätsverlust

GANZTAGSSCHULE

SPECIAL:

Mit einer Regierungs-
Erklärung hat Roland
Kochs Kultusministerin im
Landtag ihre Bildungspolitik
gepriesen. Für die SPD-
Landtagsfraktion hat der
bildungspolitische Sprecher
Lothar Quanz das Rededuell
der Bildungspolitiker mit
einer beeindruckenden Rede
gewonnen. Wir dokumentieren
hier stark gekürzt seinen
Beitrag.

„Nachdem die dürrtigen
Nebelschwaden der Selbst-
beweihräucherung verzogen
sind, wollen wir einen klaren
Blick auf die wirklichen
Verhältnisse an hessischen
Schulen richten. Was wirklich
stimmt, das ist: Es fällt deut-
lich weniger Unterricht aus.

900 Stellen fehlen

Genauso richtig ist aber
auch, dass Sie von dem
Wahlversprechen der Unter-
richtsgarantie meilenweit ent-
fernt sind und dass in Hessen
täglich Tausende Unterrichts-
stunden ausfallen. Die Zahlen
aus dem Kultusministerium
selbst weisen aus, dass rund
900 Stellen fehlen. Weitere
rund 200 Stellen sind unbe-
setzt. Und weil das so ist,
haben Sie das Wahlver-
sprechen gebrochen!

Sie ignorieren die Bilanz
des Unterrichtsausfalls. Wer
aber Bilanzen frisiert, der
muss damit rechnen, dass er
zur Rechenschaft gezogen
wird.

Dramatischer Qualitätsverlust

Sie haben bei dem Versuch,
möglichst viel Unterricht
abzudecken, einen dramati-
schen Qualitätsverlust billi-

gend in Kauf genommen. Die
Dampfwalze Unterrichtsgar-
antie hat viele zarte Pflänz-
chen einer qualitativen Ent-
wicklung platt gemacht. Ich
möchte das an wenigen Bei-
spielen erläutern. Wir hatten
im Schulgesetz das Erreichen
der Grundschule mit festen
Öffnungszeiten bis zum Ende
des Jahres 2003 festgeschrie-
ben. Davon ist nichts übrig-
geblieben. Allen Schulen, die
einen zusätzlichen Zuwachs
an Lehrern hatten, wurde die-
ser abgezogen. Sie haben ein

Prägungen auf den Weg zu
bringen. All das muss nun
zurückgenommen werden.
Ich halte das für einen Verlust
an Bildung in Hessen.

Jede vierte Klasse über
30 Schüler

Und schließlich die
Klassengrößen. Jede vierte
Klasse der Sekundarstufe I
weist über 30 Schülerinnen
und Schüler auf. Das halte ich
wirklich für einen Rück-
schritt. Aus zahlreichen

Zukunft nicht mehr zugäng-
lich sind. Die CDU-geführte
Koalition ist nicht bereit, die
wissenschaftlichen Erkennt-
nisse der PISA-Studie in poli-
tische Konzepte umzusetzen.
Wir hingegen tun das.

Vorschuljahr und
Ganztagsschule

Zum Beispiel im Bereich
der frühkindlichen Bildung.
Wir haben gesagt: Wir wollen
in den Kindergärten und
Vorschulen dafür sorgen, dass



Billigangebot für wenig
Schüler gemacht.

Ich komme zu Qualitäts-
verlust Nr. 2. Zu keiner Zeit
gab es mehr verordneten
fachfremden Unterricht und
den Einsatz von Lehrerinnen
und Lehrern an Schulformen,
für die sie nicht ausgebildet
sind.

Ich komme auf Qualitäts-
verlust Nr. 3 zu sprechen. Ich
meine die Profilbildung. Viele
Schulen hatten sich auf den
Weg gemacht, besondere
Angebote und besondere

Schulen kommen Meldun-
gen, die besagen, dass
Klassenbildungen mit 35 und
mehr Schülerinnen und
Schülern keine Seltenheit
mehr seien.

Sie haben mit Ihrer Politik
dazu beigetragen, dass die
Ausgrenzungs- und Selektions-
mechanismen verschärft
wurden, dass die Zugänge zu
höherer Bildung dichtge-
macht wurden, dass Bildung-
schancen, die früher ganze
Gruppen von Schülerinnen
und Schülern hatten, ihnen in

alle Kinder ab dem fünften
Lebensjahr – für die Eltern
beitragsfrei – spielerisch eine
Vorbereitung auf die Grund-
schule erfahren.

Sie wissen, dass wir unsere
Schulen weiterentwickeln
wollen hin zu Ganztags-
schulen und zu Schulen mit
ganzzeitigen Angeboten. 500
wollen wir uns als Ziel für die
nächste Legislaturperiode
vornehmen.

Diese Schulen unterschei-
den sich deutlich von dem,
was die Landesregierung uns



im Moment als Ganztagschulen verkaufen will: mit einer Stelle zusätzlich und ein bisschen Mitteln – da kann man das Mittagessen noch betreuen, aber am Nachmittag braucht man außerschulisches Personal. So ist es nicht gemeint. Deshalb werden wir entsprechende Standards festschreiben, wie wir uns die Entwicklung in den Ganztagschulen vorstellen. Sie werden ein Angebot an alle Eltern, an alle Kollegen, besonders an die Schülerinnen und Schüler



500 Ganztagschulen für Hessen.

sein, dass mehr Zeit bleibt für Lernen, für sozialen Kompetenzerwerb, für sinnvolle Freizeitgestaltung, für Integration

und für bessere Bildung. Deshalb ist unser Konzept angetan, dass es in diesem Land mehrheitsfähig wird ■

Bund gibt 278,4 Millionen Euro für Ganztagschulen

Die Hessen-SPD begrüßt das vorgelegte Eckpunktepapier des Bundesbildungsministeriums zu dem Investitionsprogramm 'Zukunft, Bildung und Betreuung' zum Ausbau von Ganztagschulen in der Bundesrepublik Deutschland. Auf Hessen soll demnach eine Summe von insgesamt 278,4 Millionen Euro in der nächsten Legis-

laturperiode entfallen, um die Einrichtung von Ganztagschulen in Hessen zu fördern.

„Dieses Finanzprogramm ergänzt auf äußerst wirksame Weise die Absicht der Hessen-SPD, in den kommenden Jahren landesweit 500 Schulen zu Ganztagschulen bzw. zu Schulen mit ganztägigen Angeboten weiter zu entwickeln. Das Land

zahlt die Lehrerinnen und Lehrer und mit der Bundeshilfe können die Schulträger die notwendigen baulichen und sächlichen Voraussetzungen finanzieren“, so SPD - Ministerpräsidentenkandidat Gerhard Bökel.

Voraussetzung für die Bereitstellung der Mittel sei jedoch ein pädagogisches Konzept. Die CDU-geführte Landesregierung habe jedoch bisher keine Absicht erkennen lassen, wie die pädagogische Konzeption für Ganztagschulen in Hessen aussehen soll. Daher sei zu befürchten, dass mit einem Ministerpräsidenten Koch die erheblichen Bundesmittel nicht einmal abgerufen werden könnten ■



Ganztagsunterricht ist in anderen Ländern bereits Realität – wie hier in Luxemburg.

Ganztagschulkommission bestätigt SPD-Position

Die von der Kultusministerin eingesetzte aus Fachleuten bestehende Ganztagschulkommission hat mit ihrem Bericht die Position der SPD bestätigt. Von den unterschiedlichen Modellen der Ganztagschule über die Grundsätze für die Weiterentwicklung der Schulen bis hin zu Finanzierung sind die Konzepte der Kommission und der SPD sehr verwandt und steht damit im völligem Widerspruch zur Politik der Landesregierung. Die Kultusministerin erklärte prompt, die Vorschläge der Ganztagschulkommission seien nicht finanzierbar. Die SPD hat allerdings bereits im Dezember letzten Jahres ein Konzept vorgelegt, nach dem die Schulen bis zu 30 Prozent mehr Lehrer bekommen sollen und in dem über einen Zeitraum von vier Jahren schrittweise insgesamt 500 ganztägig

arbeitenden Schulen eingerichtet werden sollen.

SPD-Spitzenkandidat Gerhard Bökel hat klipp und klar versprochen, dass die Einführung der Ganztagschule auf jeden Fall finanziert wird und nicht unter Vorbehalt steht. „Unabhängig von der Steuerentwicklung und der Konjunktur wollen und werden wir diesen zentralen Punkt unseres Wahlprogramms umsetzen“, so Bökel ■

Fortbildung von Berufsschullehrern

Der berufsschulpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Bernd Riege, hat die hessische Landesregierung aufgefordert, sich am jetzt angelaufenen „Innovelle-Programm“ der Bundesregierung zur Fortbildung von Berufsschullehrern zu beteiligen. Das auf vier Jahre angesetzte Programm beinhaltet bundesweit 28 Modellprojekte, bei denen Berufsschullehrer unmittelbar nach dem Hochschulstudium in drei Qualifizierungsphasen gebildet werden, erläuterte Riege. Wie Riege hervorhob, trägt das Bundesbildungsministerium mit 6,2 Millionen Euro das „Innovelle-Programm“ zur Hälfte, die andere Hälfte wird von dem Bundesland getragen, in dem das jeweilige Projekt durchgeführt wird. „Da die Landesregierung seit Jahren nichts gegen den Lehrermangel an beruflichen Schulen unternommen hat, ist es dringend notwendig, dass sie sich an diesem Programm beteiligt“, unterstrich der SPD-Politiker, „denn dieses Programm bietet die Chance, die teilweise desolate Situation an den hessischen Berufsschulen sofort spürbar zu verbessern ■

SPECIAL:

GANZTAGSSCHULE



Gerhard Bökel

unseres Wahlprogramms umsetzen“, so Bökel ■

Massive Kritik der SPD am Haushaltsplan 2003

VON UNS KÖNNEN SIE VIEL ERWARTEN: DIE SPD-FRAKTION IM LANDTAG



AUS DEM PARLAMENT

Als einen Ausdruck der absoluten Hilflosigkeit sieht der finanzpolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion, Reinhard Kahl, den von Finanzminister Weimar vorgelegten Haushaltsplanentwurf 2003.

Der Haushalt verstoße gegen grundlegende Haushaltsprinzipien wie Solidität und Transparenz. Seit zwei Jahren beschränke sich die „Regierungskunst“ des Finanzministers nur noch auf die Maxime „Mehr Schulden zu Lasten der Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen.“

Für die SPD-Fraktion sind dies die zentralen Fehler im Etat 2003:

- Beschleunigter Marsch in den Schuldenstaat;
- Verstoß gegen den Nationalen Stabilitätspakt;
- Investitionen im Keller;
- Griff in die Trickkiste;
- Politik gegen die Kommunen.

Völlig unbeeindruckt von seiner Rekordverschuldung 2001 mit einem verfassungs-

widrigen Haushaltsabschluss und dem aktuellen Haushaltschaos 2002 lege der Finanzminister mit dem Entwurf für das kommende Jahr ein weiteres Märchenbuch auf. Auch dieses Zahlenwerk werde – wie so oft bei Weimar – den Realitäten nicht standhalten.

Griff in die Trickkiste

Die Verschleierung wichtiger finanzpolitischer Eckdaten gehöre zum Handwerkszeug dieses Finanzministers,

sagte Kahl. „Und auch diesmal wird wieder getrickst.“ Ein Etatentwurf 2003 knapp an der verfassungsmäßigen Kredithöchstgrenze sei bestenfalls formal korrekt. Das eigentliche Defizit liege bei 1.074 Milliarden Euro und damit rund 200 Millionen Euro über der Verfassungsgrenze.

Mehr Schulden statt einer nachhaltigen Finanzpolitik

Seit dem Jahre 2001 sind unter Weimars Verantwortung die Schulden des Landes in unverantwortliche Größenordnungen gestiegen. Kahl nannte dies einen verhängnisvollen Marsch in den Verschuldenstaat. Weimar hinterlasse mit dieser Politik einen finanzpolitischen Scherbenhaufen.

Mit einer Neuverschuldung von fast 880 Millionen Euro, 60 Millionen Euro über dem Betrag 2002, und Tricks und Verschleierungen reize der Minister voll die Verfassungsgrenze aus und nehme deren mögliche Überschreitung billigend in Kauf.

Politik gegen die Kommunen

Das Steueraufkommen des

Landes steigt nach Länderfinanzausgleich um 0,8 Prozent. Der kommunale Finanzausgleich dagegen sinkt um 1,8 Prozent. Diese Diskrepanz macht deutlich, dass die Landesregierung ihre kommunalfeindliche Politik fortsetzt. Wiederum werden den Kommunen wie in den beiden Vorjahren 50 Millionen Euro entzogen.

Zusammen mit den vorerhaltenen Verstärkungsmitteln für die Betriebskosten der Kindergärten habe das Land den Kommunen 350 Millionen Euro vorenthalten.

Verstoß gegen den Nationalen Stabilitätspakt

Am 21. März 2002 hätten die Finanzminister der Länder einvernehmlich mit dem Bund Kriterien für den Nationalen Stabilitätspakt festgelegt.

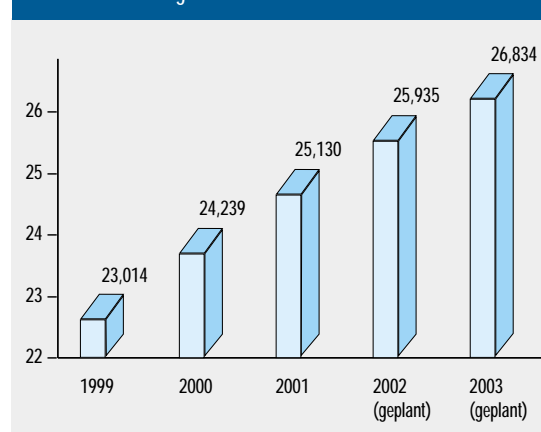
Darin verpflichteten sie sich, zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien die Gesamtausgaben höchstens um ein Prozent auszuweiten. Mit 1,2 Prozent Ausgabensteigerung liege Hessen damit eindeutig über den Vorgaben.

Investitionen im Keller

Nach dem historischen Tiefstand der Investitionen im Landeshaushalt schafft es der Finanzminister, die Investitionen für das Jahr 2003 weiter herunter zu fahren.

„18 Millionen Euro weniger Investitionen im Vergleich zum diesjährigen Haushalt zeigen, dass der Finanzminister seinen Negativrekord zum Schaden des Landes noch unterbieten kann. Die Investitionsquote sinkt auf 9,7 Prozent“ ■

Staatsverschuldung in Hessen 1999 – 2003 in Milliarden Euro





Jugendarbeitslosigkeit plus 17 Prozent



Die Arbeitslosigkeit in Hessen ist – wie im Bundestrend – im August leicht gesunken. Doch die Jugendarbeitslosigkeit ist besorgniserregend gestiegen. 27 250 junge Menschen unter 25 Jahren waren Ende August in Hessen arbeitslos – 17,1 Prozent mehr als im August 2001. Die hessische Regierung sieht dieser Entwicklung untätig zu. Sie setzt keine Impulse für eine günstige Wirtschaftsentwicklung in Hessen. Aber Roland Koch ist nicht nur untätig. Er lehnt obendrein noch die Erfolg versprechenden Vorschläge der Hartz-Kommission zur Arbeitsmarktpolitik ab. Das ist verantwortungslos und beweist, dass ihm die von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen völlig egal sind. ■

Trauer um SPD-Landtagsabgeordneten Günther Becker



Die SPD trauert um ihren Landtagsabgeordneten Günther Becker, der an den Folgen einer schweren Erkrankung im Alter von 58 Jahren verstorben ist.

Der SPD-Fraktionsvorsitzende Gerhard Bökel würdigte Günther Becker als gradlinigen und integren Politiker, der sich beharrlich und mit großem Sachverstand insbesondere für den Rechtsstaat und die Belange der ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger eingesetzt habe.

„Wir trauern um einen verlässlichen Freund, der stets den politischen Anspruch verkörpert hat, die Rechte der Schwächeren in der Gesellschaft mit besonderem Nachdruck zu vertreten“, sagte Bökel. „Sein plötzlicher Tod macht uns fassungslos.“

Günther Becker habe seinen Gießener Wahlkreis mit Fleiß und Tatkraft vertreten und sich in der Kommunalpolitik große Verdienste erworben.

Günther Becker wurde 1944 in Braunsfels geboren. Der Jurist war seit 1969 Mitglied in der SPD. Seit 1979 war er Stadtverordneter in Gießen und seit 1987 Mitglied des Hessischen Landtags.

Koch kneift: Kein TV-Duell mit Gerhard Bökel

Ein vom Hessischen Rundfunk im Vorfeld der Landtagswahl geplantes Fernsehduell von SPD-Ministerpräsidentenkandidat Gerhard Bökel mit Ministerpräsident Koch findet nicht statt. Koch kneift.

Er will angeblich aus Rücksichtnahme auf die FDP verzichten. Ein sehr dürftiges Argument, schließlich hatte der HR neben dem Duell längst eine Runde mit allen vier im Landtag vertretenen Parteien geplant.

Die Gründe liegen wohl eher woanders: Roland Koch duckt sich weg, er meidet die direkte Konfrontation mit Gerhard Bökel, nachdem Koch in den vergangenen Monaten die Rededuelle im Landtag gegen Gerhard Bökel verloren hat. Vielleicht sind ja auch die dramatisch schlechten Umfragewerte für Roland Koch im Hinblick auf Sympathie und Glaubwürdigkeit die ausschlaggebenden Gründe für die Ablehnung des TV-Duells. ■



SPD steht zu Olympia

Zur Diskussion um die Olympia - Bewerbung der Rhein-Main-Region sagte SPD-Landtagsabgeordnete Michael Paris: „Die SPD steht nach wie vor zu Olympia.“ Michael Paris ist Mitglied des Olympia-Beirats und vertritt aktiv die Olympia-Bewerbung der Stadt Frankfurt am Main und der Rhein-Main-Region. Sowohl die SPD-Landtagsfraktion als auch die Frankfurter SPD-Stadtverordnetenfraktion sind nach wie vor von der Bedeutung der Bewerbung für die Entwicklung des Rhein-Main-Gebietes überzeugt. Wenn die Stadt Frankfurt durch den hessi-

schen Innenminister zu Sparmaßnahmen gezwungen werde, sei jedoch nicht vertretbar, dass etwa Gebühren für Kindertagesstätten steigen und im Sozialbereich große Einschnitte vorgenommen werden und andererseits bei den Kosten für Olympia nicht gespart werde. „Es sind die Streichvorgaben von Innenminister Bouffier, durch welche die Olympiabewerbung in Konkurrenz zu anderen freiwilligen Leistungen geraten ist. Das kann aber zu einer sinkenden gesellschaftlichen Akzeptanz der Olympiabewerbung führen und gerade das darf nicht passieren.“ ■

Hessen-SPD gewinnt 17 Wahlkreise direkt



Jetzt geht es um Hessen!
Hans Eichel und Spitzenkandidat
Gerhard Bökkel starten optimistisch
in den hessischen Landtagswahlkampf.

Foto: dpa

Siebzehn Wahlkreise habe die Kandidatinnen und Kandidaten der Hessen-SPD bei der Bundestagswahl am 22. September direkt gewonnen.

Bundesfinanzminister Hans Eichel - der nur auf der Landesliste kandidierte - zieht als hessischer SPD-Spitzenkandidat in den Bundestag ein.

Die hessischen SPD-Bundestagsabgeordneten sind nach dem Stand vom 23. September:

Hans Eichel
Landesliste

Alfred Hartenbach
Waldeck (Wahlkreis 169)

Gerhard Rübenkönig
Kassel (WK 170)

Michael Roth
Werra-Meißner-Hersfeld (WK 171)

Gerd Höfer
Schwalm-Eder (WK 172)

Sören Bartol
Marburg (WK 173)

Erika Lotz
Lahn-Dill (WK 174)

Rüdiger Veit
Gießen (WK 175)

Nina Hauer
Wetterau (WK 178)

Heidemarie Wieczorek-Zeul
Wiesbaden (WK 180)

Dr. Sascha Raabe
Hanau (WK 181)

Gudrun Schaich-Walch
Frankfurt/Main I (WK 183)

Rita Streeb-Hesse
Frankfurt/Main II (WK 184)

Gerold Reichenbach
Groß-Gerau (WK 185)

Uta Zapf
Offenbach (WK 186)

Walter Hoffmann
Darmstadt (WK 187)

Dr. Erika Ober
Odenwald (WK 188)

Christine Lambrecht
Bergstraße (WK 189)

Zustimmung zu Verfassungsänderungen

In Hessen wird die Wahlperiode des Landtags von vier auf fünf Jahre verlängert und der Sport in die Verfassung aufgenommen. Außerdem gilt künftig das so genannte Konnexitätsprinzip - danach erhalten die Kommunen einen finanziellen Ausgleich für vom Land übertragene Aufgaben. Bei den Volksabstimmungen in Hessen gab es am 22. September eine Zustimmung für diese drei auch von der SPD-Landtagsfraktion unterstützten Verfassungsänderungen.

Nach dem vorläufigen Ergebnis votierten 73,8 Prozent der Wähler für die Aufnahme des Sports und 76,1 Prozent für die Aufnahme des Konnexitätsprinzips in die Landesverfassung. Die Mehrheit für die Verlängerung der Wahlperiode fiel dagegen nicht so klar aus - die Zustimmung lag bei 55,6 Prozent ■

Veranstaltungen Friedrich-Ebert-Stiftung, Regionalbüro Mainz

Kontakt: Magda Schirm, Grosse Bleiche 18-20, 55116 Mainz,
e-mail: Magda.Schirm@fes.de, Tel 06131
9606714, Fax 06131 9606766, Internet:
<http://www.fes.de/indexveranstaltungen.html>

10. Oktober	Frauen	Rodgau
12. Oktober	AA-Kreis	Vollrads
22. Oktober	ländl. Raum	Pohlheim
25.-26. Oktober	Selbstverwaltung	Pfungstadt
31. Oktober	Wohnungsbau	Frankfurt
1. November	Technologieforum	Zwingenberg
7. November	Familienpolitik	Rödermark
8. November	Stipendiaten	Mainz
8.-10. November	Litauen	Marburg
11.-15. November	Christen	Reichelsheim
14. November	Schule	Groß-Buseck

Veranstaltungen der Akademie für Kommunalpolitik

Kontakt: Rösslerstr. 7, 65193 Wiesbaden, Tel. 0611 - 523045,
Fax 0611 - 520740, E-Mail: info@afk-akademie.de,
Internet: <http://www.afk-akademie.de>

24.-25. Oktober	Grundlagen des Bau- und Planungsrechtes Raum Gießen, 175 € zzgl. Tagungspauschale
24.-25. Oktober	Moderation für Kommunalpolitiker Raum Fulda, 130 € zzgl. Tagungspauschale
7.-8. November	Von der Gruppe zum Team Raum Kassel, 245 € Tagungspauschale
11. November	Politisch-Strategische Führung für Fraktionen Neu-Isenburg, 100 € all inclusive
19.-21. November	Rhetorik und Kommunikation Raum Wiesbaden, 520 € zzgl. Tagungspauschale



Der Kommentar

Liebe Genossinnen und Genossen!

Wir haben alle Wahlziele erreicht: Rot-Grün kann weiter regieren. Gerhard Schröder bleibt Bundeskanzler und wir stellen wieder die stärkste Fraktion im Deutschen Bundestag. Wir haben Grund, uns zu freuen.

Und wir haben auch in Hessen ein hervorragendes Ergebnis erreicht. Die Hessen-SPD ist stärkste Partei. Von den 21 hessischen Wahlkreisen haben wir 17 gewonnen. Schwarz - gelb hat



Foto: Archiv

Jürgen Walter

keine Mehrheit in Hessen. Dies ist auch der Erfolg von Gerhard Bökel, der die Hessen-SPD wieder nach vorne gebracht hat. Mit Edmund Stoiber ist auch Roland Koch gescheitert. Beide stehen für den extrem - konservativen Flügel in der Union. Die Bundestagswahl hat gezeigt: Die Hessen wollen keine rechten Hardliner. Jetzt heißt es weiterkämpfen bis zur Landtagswahl am 2.

Februar 2003. Die Union wird den Landtagswahlkampf als Negativwahlkampf gegen Berlin führen. Koch wird gegen das Zuwanderungsgesetz und die letzte Stufe der Öko-Steuer agitieren. Darauf sind wir vorbereitet. Koch wird damit scheitern, wie Edmund Stoiber gescheitert ist. Hessen hat ein anderes Gesicht verdient, und wir haben alle Chancen, dass Gerhard Bökel neuer Ministerpräsident unseres Landes wird. Bis zum 22. September hieß es: Gerhard Bökel und die Hessen-SPD für Gerhard Schröder. Jetzt ist die Botschaft: Gerhard Schröder und die ganze Partei für Gerhard Bökel.

Euer Jürgen Walter, MdL
Landesgeschäftsführer

Hessenwahl 2003:

Großveranstaltungen

Nach dem **Landespartei** am **19. Oktober** in **Wiesbaden** und neben den zahlreichen Veranstaltungen Gerhard Bökels in den einzelnen Wahlkreisen werden vier große Veranstaltungen den Landtagswahlkampf der SPD Hessen mit prägen: Der **Hessengipfel** der SPD findet am **22. und 23. November im Parkhotel Schlangenbad** statt. Dabei treffen sich die führenden Funktionäre und Mandatsträger der Hessen-

SPD, und er endet am Samstag-Vormittag in einer öffentlichen Kundgebung. Drei Großkundgebungen werden dann im Januar 2003 insbesondere zu der Mobilisierung der SPD-Anhänger beitragen: Am Donnerstag, den **9. Januar** im Tagungszentrum **Stadthalle Kassel**. Am Freitag, den **24. Januar** in der **Hessenhalle Gießen**. Am Donnerstag, den **30. Januar** im **Kurhaus Wiesbaden** ■

Hessenwahl 2003:

Nach der Wahl ist vor der Wahl

Nach dem anstrengenden Bundestagswahlkampf geht es nun in die zweite Runde. Schon in vier Monaten wird der Hessische Landtag neu gewählt.

Am 2. Februar 2003 wollen wir Hessen ein neues Gesicht geben. Die Vorbereitungen für den Wahlkampf laufen auf Hochtouren. Für die Kampa_03 möchten wir euch über den aktuellen Stand informieren. Mit dem Landesparteitag am 19. Oktober in den Rhein - Main Hallen in Wiesbaden starten wir in den Wahlkampf.

Wir beschließen das Regierungsprogramm und stellen die Liste für die Landtagswahl auf. Schon in der nächsten Woche wird unser Spitzenkandidat Gerhard Bökel mit seiner Tour durch alle 55 Wahlkreise beginnen. Bis zum 29. Januar wird er Hessen bereisen und für die SPD, die örtlichen Kandidatinnen und Kandidaten und nicht zuletzt für sich selbst werben. Mit dem Ende der Weihnachtsferien beginnt die heiße Phase des Wahlkampfes. Drei Großveranstaltungen der Landespartei sind in Planung: am Donnerstag, den 9. Januar, in der Stadthalle in Kassel, am Freitag, den 24. Januar, in der Hessenhalle in Gießen und am

Donnerstag, den 30. Januar, im Kurhaus in Wiesbaden.

Auch die Wahlkampfmaterialien sind in Arbeit. Für die Kandidatinnen und Kandidaten gibt es wieder Plakate und Flyer, die ab November ausgeliefert werden. Die Themenplakate in den Formaten A1 und A0 werden Anfang Dezember zur Verfügung stehen. In der zweiten Januarwoche beginnen wir dann mit der flächendeckenden Plakatierung auf Großflächen. Selbstverständlich werden wir auch wieder in allen wichtigen Zeitungen mit Anzeigen für unsere Politik werben.

Für die Landtagswahl wird es auch ein eigenes Internetangebot geben. Auf vier verschiedenen Homepages werden wir einen attraktiven und modernen Auftritt bieten. Am Landesparteitag werden wir unsere Seiten der Öffentlichkeit vorstellen und dann „online“ gehen.

Der organisatorische Rahmen steht, die strategischen Überlegungen sind weit fortgeschritten, was wir brauchen ist die Mobilisierung der ganzen Partei. Wenn wir zusammen kämpfen, werden wir am 2. Februar 2003 zusammen feiern können. Hessen braucht ein neues Gesicht - wir haben es in der Hand ■

Chancen einer neuen Zeit

REGIERUNGSPROGRAMM 2003



Gernot Grumbach

Am 19. Oktober wird auf dem Landesparteitag unser Regierungsprogramm 2003 verabschiedet. Der Entwurf wurde Mitte September der Öffentlichkeit vorgestellt. In der aktuellen Ausgabe stellt der Leiter der Programmkommission, Gernot Grumbach, die Schwerpunkte Bildung, Arbeit und Wirtschaft sowie Nachhaltigkeit vor. In der kommenden Ausgabe folgen die Bereiche soziales Miteinander, Demokratie und Recht sowie Kultur.

Unser Regierungsprogramm orientiert sich an klaren Wertmaßstäben. Wir wollen die Menschen stark machen, um mit ihnen gemeinsam Zukunft zu gestalten. Wir wollen Chancengleichheit herstellen und Ausgrenzung abbauen. Wir wollen mehr Partizipation. Jede politische Entscheidung muss sich daran messen las-

sen, ob sie zukunftsfähig ist und auch den Ansprüchen künftiger Generationen genügt. Mit einer Verknüpfung aller Politikfelder unter der Zielsetzung mehr Arbeit, bessere Bildung und zukunftsfähige Entwicklung wollen wir die Qualität von Landespolitik verbessern und Synergieeffekte nutzen.

Schwerpunkt Bildung

Bildung ist das wichtigste Handlungsfeld der Landespolitik. Für uns sind die Anstrengungen in diesem Bereich Investitionen in die Zukunft. Wir wollen die Qualität von Bildung erhöhen, gleiche Bildungschancen für alle Kinder schaffen und sie individuell fördern. Nicht die Kinder sollen den Bildungsinstitutionen angepasst werden, sondern Institutionen müssen den individuell unterschiedlichen Entwick-

lungen der Kinder angepasst werden. Umsetzungsschritte hierzu sind u.a. die Einrichtung einer Vorschule für alle 5-jährigen zur besseren Vorbereitung auf die Schule, eine Umgestaltung der ersten Grundschuljahre und die Schaffung von 500 Ganztagschulen bzw. Schulen mit ganztägigen Angeboten. Insgesamt wollen wir die pädagogische Qualität von Schulen voranbringen, ganz gleich wie sie organisiert sind.

Bei den Hochschulen wollen wir mehr Autonomie im Rahmen von vom Parlament beschlossenen Zielvereinbarungen. Die Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis wollen wir verbessern. An der Studiengebührenfreiheit halten wir fest.

Schwerpunkt Arbeit & Wirtschaft

Unser Schwerpunkt in der Beschäftigungspolitik ist die Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit. Mit einem Programm „Jugendarbeitslosigkeit Null“ wollen wir erreichen, dass jeder Jugendliche in Hessen nach der Schule eine Ausbildung, eine Weiterqualifizierung oder eine Arbeit angeboten bekommt. Durch lebensbegleitendes Lernen wollen wir präventiv die Fähigkeiten der Menschen stärken. Ein „hessisches Zentrum für Qualifizierung, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik“ soll die Akteure in diesem Bereich beraten und weiterbilden. Durch die Kooperation von Forschung und Wirtschaft und die Unterstützung von Technologien zur Verbesserung der Unternehmensprozesse wollen wir die Innovation in bestehenden Unternehmen unterstützen

und Neugründungen anregen. Mit entsprechenden Förderstrategien sollen bestehende Unternehmen gesichert und der Generationswechsel unterstützt werden. In der Verkehrspolitik wollen wir Mobilität und Teilhabe an Arbeit, Bildung und Kultur auch für Menschen ohne Auto sichern und die Verkehrsträger besser aufeinander abstimmen. Beim Rhein-Main-Flughafen bleibt es bei den beschlossenen Kriterien.

Schwerpunkt Nachhaltigkeit

Durch die Förderung von Innovationen zur Reduzierung des Verbrauchs von Ressourcen und Energie werden gleichzeitig Arbeitsplätze gesichert und die Umwelt entlastet. Wir werden im Rahmen der notwendigen Klimaschutzpolitik unseren Beitrag zur Verminderung des CO₂-Ausstoßes leisten und die Erhöhung des Anteils regenerativer Energien unterstützen. Bei Natur- und Landschaftsschutz wollen wir Schutzinteressen und die Ansprüche von Erholungssuchenden besser in Einklang bringen.

Das Verbandsklagerecht der Naturschutzverbände wollen wir wieder einführen. Mit einem integrierten Konzept für den ländlichen Raum wollen wir gemeinsam mit den Menschen vor Ort die Zukunftsfähigkeit der ländlichen Regionen sichern.

In der nächsten Ausgabe folgt der zweite Teil unserer Programmvorstellung. Den kompletten Entwurf des Regierungsprogramms finden Sie unter www.spd-hessen.de in der Rubrik Standpunkte ■